



Ämtliche Bekanntmachung der Stadt Hann. Münden

Planfeststellungsverfahren für den Bau des Teilschnittes C der 380 kV-Höchstspannungsfreileitung Wahle – Mecklar zwischen dem Umspannwerk Hardeggen und der Landesgrenze Niedersachsen/ Hessen; 1. Planänderung

Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Stabsstelle Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, führt auf Antrag der Tenette TSO GmbH für das o. a. Vorhaben ein Planfeststellungsverfahren gemäß §§ 43a ff. Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in Verbindung mit den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) durch. Die bei Einleitung des Verfahrens vorliegenden Planungen haben in dem vom Vorhaben betroffenen Gemeinden bereits vom 21.04.2015 bis zum 20.05.2015 zur allgemeinen Einsicht öffentlich ausgelegt. Ein Erörterungstermin hat vom 06.06.2016 bis 08.06.2016 stattgefunden. Die ursprüngliche Planung hat sich auch aufgrund der zur damaligen Auslegung vorgetragenen Äußerungen geändert bzw. ist ergänzt und aktualisiert worden.

Die Planung umfasst die Errichtung und den Betrieb der 380 kV-Höchstspannungsfreileitung Wahle – Mecklar LH-10-3034 zwischen dem Umspannwerk (UW) Hardeggen und der Landesgrenze Niedersachsen/Hessen für den Teilschnitt C. Die Planänderungen betreffen im Wesentlichen

- die Verschiebung einzelner Maststandorte,
- die Anpassung von Zuwegungen, Arbeitsflächen oder Seilzugflächen,
- die Auslegung aller Ein-/Ausschleifungsmasten der DB Energie GmbH als Endmasten,
- die Änderung einzelner Masttypen mit tlw. veränderter Traversenbreite,
- geringfügige Änderungen der Trassenführung durch die Anpassung an die fortgeschriebene technische Ausführungsplanung des Umspannwerks (UW) Hardeggen,
- die Mitführung eines eigenständigen Lichtwellen-Erdleiterseils in der Mitte der Erdschleifungen auf dem Obergurt der Traversen (1 Masten C002 bis C027) für die Avacon Netz GmbH
- die Auslegung der 110 kV-Leitung Göttingen – Hardeggen als 2er-Bündel-Leitung zur Gewährung der Versorgungssicherheit des Großraumes Göttingen mit Austausch der ursprünglichen Masten der 220 kV-Leitung LH-11-2014 östlich der BAB 7
- die Verschiebung der Kabelübergangsanlage (KÜA) Olenhusen mit daraus folgender Verlängerung des Kabelgrabens und Änderungen der Maststandorte und -höhen sowie Spannungsfelder im benachbarten Bereich der KÜA
- Verschiebung der Zuwegung zur KÜA Hetjershausen und des davorstehenden Endmastes C037
- die Eingrünung der KÜA Hetjershausen und Olenhusen, die im Bereich der KÜA Olenhusen eine Aufspreizung der Erdkabeltrasse erfordert
- die Anpassungen im Bereich des Erdkabels von km 0+000 bis km 5+540 mit Anlage zusätzlicher Baustelleneinrichtungsfelder
- die Verlegung des Erdkabels im Be-

reich des „Alten Bahndamms“ (km 2+750 bis km 2+900) in offener Bauweise anstatt der ursprünglich vorgesehenen HDD-Bohrung

- die Anpassung der technischen Planung an die Baumwuchshöhen im Bereich der Werrakreuzung
- Aus den vorerwähnten Planänderungen ergeben sich u.a. Änderungen der Masthöhen und -flächen, der Seilzug- und Arbeitsflächen sowie der Schutzstreifen und Provisorien. In der Folge kommt es somit auch zu veränderten dauerhaften bzw. temporären Flächeninanspruchnahmen. Einzelheiten sind aus den geänderten Planunterlagen ersichtlich. Eine Zusammenstellung der Planänderungen ist den Unterlagen vorangestellt. Die Änderungen im Text und die Eintragungen in Plänen sind in Blau gehalten. Für das Vorhaben besteht nach § 74 Abs. 2 Nr. 2 UVPG i. V. m. § 3b Abs. 1 UVPG a.F. i. V. m. Nr. 19.1.1 „Errichtung und Betrieb einer Hochspannungsfreileitung im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes mit einer Länge von mehr als 15 km und mit einer Nennspannung von 220 kV oder mehr“ der Liste UVP-pflichtiger Vorhaben (Anlage 1 zum UVPG a. F.) die Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Für das Bauvorhaben einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen werden Grundstücke in den Gemarkungen folgender Gemeinden beansprucht.

Stadt Hardeggen
Hardeggen, Hevensen, Gladbeck
Flecken Bovenden
Harste, Lenglern
Stadt Göttingen
Elliehäusen, Grone, Hetjershausen, Groß Ellershausen, Holtensen, Eseebeck
Gemeinde Rosdorf
Rosdorf, Seitmarschausen, Mengershausen, Lemshausen, Volkerode, Brackenberg, Leinebusch
Samtgemeinde Dransfeld
Jühnde, Meensen
Stadt Hann. Münden
Lippoldshausen, Laubach, Münden, Hedemünden, Wiershausen, Oberode
Samtgemeinde Staufenberg
Lutterberg, Landwehrhagen, Spiekershausen, Sichelstein, Benterode, Uschlag
Gemeinde Friedland
Niedernjesa
Stadt Moringen

Darüber hinaus wird auf Maßnahmenflächen in den Landkreisen Oldenburg, Cloppenburg und Ammerland der Ersatzaufforstungsbedarf aus der waldrechtlichen Kompensation ausgeglichen.

Die geänderten Planunterlagen enthalten die folgenden wesentlichen entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens gemäß § 6 UVPG a. F. in materieller Hinsicht und in formeller Hinsicht nach §§ 16, 19 Abs. 2 und 3 UVPG:

- Erläuterungsbericht (Anlage 1 mit Anhang 1: Allgemein verständliche Zusammenfassung, Anhang 2: Wegenutzungspläne, Anhang 3: Vorgelagerte Variantenuntersuchung mit Annex Natura 2000 Verträglichkeitsstudie und Annex Natura 2000 Karte sowie Appendix A: Technische Planung, Appendix B: Sichtbarkeitsanalyse, Appendix C: Vergleich Untervariante, Anhang 4: Netznotenpunkt Hardeggen – Angaben nach § 6 UVPG, Anhang 5: Vergleich technischer Ausführungsalternativen im Bereich Elliehäusen)
- Übersichtspläne/Maßnahmenplan (Anlage 2)
- Mastprinzipzeichnungen (Anlage 6)
- Lagepläne/Grunderwerbspläne (Anlage 7)
- Längenprofile (Anlage 8)
- Regelfundamente/Regelgrabenprofil (Anlage 9)

- Bauwerksverzeichnis und Mast- und Kabellisten (Anlage 10)
- Immissionsbericht (Anlage 11)
- Umweltstudie (Anlage 12 mit Textteil UVS, LBP sowie Anhang A: Karten Bestand/Auswirkungen/Maßnahmen, Anhang B: LBP-Maßnahmenblätter, Anhang C: Gesamtartenliste, Anhang D: Abstimmung Kompensationskonzept, Anhang E: Kumulierende Vorhaben, Anhang F: Ersatzgeldberechnung, Anhang G: Forstfachliches Gutachten, Anhang H: Hydrologisches Fachgutachten, Anhang I: Fachbeitrag Wasserrahmenrichtlinie)
- Kreuzungsverzeichnis (Anlage 13)
- Grunderwerb (Anlage 14)
- Natura 2000-Verträglichkeitsstudie (Anlage 15)
- Artenschutzrechtliche Betrachtung gemäß § 44 Bundesnaturschutzgesetz (Anlage 16)
- Antrag auf Befreiung von Verboten der Landschaftsschutzgebietsverordnung für die Errichtung der 380 kV-Leitung Wahle – Mecklar in Landschaftsschutzgebieten (Anlage 17)
- Schalltechnische Untersuchung des Baulärms (Anlage 19 mit Annex 1: Übersichtsplan, Annex 2: Konfliktpläne, Annex 3: Pegeltabellen, Annex 4: Bauphasen und Emissionen)
- Kommunale Verkehrsflächen (Anlage 20) mit Übersichtsplänen, Lageplänen und Flurstücksverzeichnissen)

II.

(1) Die geänderten bzw. ergänzten Planunterlagen liegen in der Zeit vom **06.09.2018 bis einschließlich 05.10.2018** bei der Stadt Hann. Münden im Verwaltungsgebäude Böttcherstraße 3 (Neubau), 2. Obergeschoss, Bereich Stadtentwicklung, Raum 204 während der Dienststunden in der Zeit von montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 12:30 Uhr sowie montags bis donnerstags von 14:00 Uhr bis 16:30 Uhr. Zudem können die Planfeststellungsunterlagen im obengenannten Auslegungszeitraum auch auf der Internetseite der Stadt Hann. Münden unter www.hann.muenden.de eingesehen werden. Darüber hinaus können die Planfeststellungsunterlagen im o. g. Auslegungszeitraum auch auf den Internetseiten <https://uvp.niedersachsen.de/startseite> oder <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> eingesehen werden.

Im Falle von Abweichungen ist der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen maßgeblich (§ 20 Abs. 2 Satz 2 UVPG, § 27a Abs. 1 Satz 4 VwVfG). Jeder, dessen Belange durch die **Änderungsplanung** berührt werden, kann sich zu der Planung äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen. Dasselbe gilt für Vereinigungen, die auf Grund einer Anerkennung nach anderen Rechtsvorschriften befugt sind, Rechtsbehelfe nach der Verwaltungsgerichtsordnung gegen die Entscheidung einzulegen. Die Äußerungen sind bis einschließlich zum **05.11.2018** schriftlich oder zur Niederschrift bei der Stadt Hann. Münden oder der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Stabsstelle Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76A, 30453 Hannover, einzureichen.

Vor dem **06.09.2018** eingehende Äußerungen werden als unzulässig zurückgewiesen.

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für dieses Planfeststellungsverfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, § 21 Abs. 4 UVPG. Äußerungen können nur hinsichtlich der Änderungsplanung eingereicht werden.

Bei Äußerungen, die von mehr als

50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin/ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin/Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin/ein einziger Unterzeichner als Vertreterin/Vertreter für die jeweiligen Unterschriftslisten bzw. gleichlautenden Äußerungen genannt werden. Vertreterin/Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Äußerungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

(2) In den Fällen einer Planänderung kann gemäß § 43a Nr. 3 EnWG im Regelfall von der Erörterung im Rahmen eines Erörterungstermins abgesehen werden. Findet ein Erörterungstermin statt, wird er ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin/der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigten vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 S. 4 VwVfG). In dem Termin kann bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden.

(3) Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Einreichen von Äußerungen, Teilnahme am Erörterungstermin oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

(4) Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Äußerungen entscheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Planfeststellungsbehörde). Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die sich geäußert haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen sind (§ 74 Abs. 5 Satz 1 VwVfG).

III.

Sobald der Plan ausgelegt oder andere Gelegenheit gegeben ist, den Plan einzusehen, dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden

(Veränderungssperre, § 44a Abs. 1 EnWG). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt. Unzulässige Veränderungen bleiben bei der Anordnung von Vorkehrungen und Anlagen nach § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG und im Entschädigungsverfahren unberücksichtigt.

Darüber hinaus steht ab diesem Zeitpunkt der Vorhabenträgerin ein Vorkaufsrecht an den von dem Plan betroffenen Flächen zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).

Der Text dieser Bekanntmachung kann auch auf der Internetseite der Stadt Hann. Münden (www.hann.muenden.de) eingesehen werden.

Hann. Münden, 07.04.2015

Der Bürgermeister

gez. Harald Wegener

¹Die Durchführung der Umweltverträglichkeitsprüfung bestimmt sich gemäß § 74 Abs. 2 Nr. 2 UVPG inhaltlich (materiell) nach dem vor dem 16.05.2017 geltenden Recht (UVPG a.F.). Für die Durchführung einzelner zu diesem Zeitpunkt noch nicht begonnener Verfahrensschritte wie der hier durchzuführende Öffentlichkeitsbeteiligung werden die Verfahrensvorschriften des UVPG in der ab 29.07.2017 jeweils geltenden Fassung angewendet.